

Landauer, Carl

Article — Digitized Version

Das amerikanische Wirtschaftsprogramm

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Landauer, Carl (1975) : Das amerikanische Wirtschaftsprogramm, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 6, pp. 311-314

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134829>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Das amerikanische Wirtschaftsprogramm

Carl Landauer, Berkeley

Die USA durchlaufen zur Zeit die ausgeprägteste Rezession der Nachkriegszeit. Einen Überblick über die Auseinandersetzungen um die richtige Politik und das Wirtschaftsprogramm gibt der folgende Beitrag.

Zu den Gründen, warum die Vereinigten Staaten durch wirtschaftliche Schwierigkeiten schwerer getroffen wurden als die Bundesrepublik und einige andere Länder, gehört nicht zuletzt der Umstand, daß in Washington eine konservativ-republikanische Administration im Amt ist. Man könnte sich zwar Situationen vorstellen, in der die rechtsrepublikanischen Anschauungen den Erfordernissen der Lage entsprochen hätten – z. B. wenn das Hauptproblem in einem Abbau der Staatsausgaben bestanden hätte. Unter den gegebenen Umständen aber war die Tendenz der amerikanischen Konservativen, in der Inflation die größte wirtschaftliche Gefahr zu sehen, eine Ursache schlimmer Fehler. Gewiß sah die Inflationsrate von rund 14 %, wie sie zeitweise 1974 gegeben war, bedrohlich aus; aber schon damals war der Rückgang der Wirtschaftstätigkeit erkennbar, der beinahe zwangsläufig die Inflationsrate herabdrücken mußte, aber selbst ein schwerer zu bekämpfendes Übel darstellte. Viel zu lange haben die Administration und auch der Federal Reserve Board gebannt auf die Inflationsgefahr gesehen und restriktive Mittel eingesetzt, die den Rückgang der Produktion, der Beschäftigung und der Realeinkommen verstärkt haben.

Ankurbelung durch Steuernachlässe

Zu Beginn des Jahres 1975 hat die Administration ihre Haltung geändert, wenn auch nicht ohne Zögern und in einem recht begrenzten Ausmaß. Sie hat sich entschlossen, die Wirtschaft durch Steuerermäßigungen zu stimulieren. Ende März hat der Kongreß den Regierungsvorschlag durch ein umfassendes Gesetz verwirklicht, ist dabei aber weit über die Absichten der Administration hinausgegangen.

Der Präsident wollte ursprünglich die Steuern nur soweit ermäßigen, daß der Steuerausfall 13 Mrd. \$ nicht überschreiten würde; jedes Mehr hielt er für

inflationistisch. Der Kongreß hat jedoch die Steuer-schraube soweit gelockert, daß jetzt ein Ausfall von 23 Mrd. \$ erwartet wird, von denen 18 Mrd. \$ auf die personelle Einkommensteuer, der Rest auf Körperschaftsteuer und andere Abgaben entfallen. (Es würde ein Ausfall von über 24 Mrd. \$ zu verzeichnen sein, wenn nicht 1,7 Mrd. \$ Mehreinnahmen durch die Beschränkung der beschleunigten Abschreibungen, die bisher der Mineralölindustrie eingeräumt waren, zu erwarten wären.) Die sehr komplizierten Bestimmungen sind so abgefaßt, daß die Ermäßigung der Einkommensteuer vor allem den Beziehern niedriger Einkommen zugute kommt, wofür neben sozialen Erwägungen auch der Gedanke maßgebend war, daß sich die finanziellen Erleichterungen bei diesen Einkommensschichten in einer entsprechenden Erhöhung des Konsums niederschlagen, wodurch sie besonders konjunkturwirksam werden. (Dagegen ist freilich von konservativ-republikanischen Kritikern des Gesetzes geltend gemacht worden, daß ein besonderes volkswirtschaftliches Interesse daran bestehe, die Produktion dauerhafter Konsumgüter zu begünstigen, und daß die Käufer solcher Waren weniger in den untersten als in den mittleren Einkommensschichten zu finden seien.) Für die Unternehmungen ist ein erhöhter Steuerabzug für Investitionen vorgesehen, um die Investitionsgüterindustrie zu fördern und dadurch neue Arbeitsplätze zu schaffen. Um die desolate Lage der Bauwirtschaft zu verbessern, wird zudem der Kauf neuer Häuser steuerlich erleichtert.

Bedenkliches Defizit

Der Präsident hatte ernstlich erwogen, gegen dieses Gesetz sein Veto einzulegen, weil es das Bundesdefizit beträchtlich vergrößern muß und weit über seine eigenen Absichten hinausgeht. Schließlich hat er sich doch zur Unterzeichnung entschlossen, weil er daran zweifelte, im Kongreß ein Gesetz durchsetzen zu können, das seinen eigenen Vorstellungen besser entsprochen hätte. Schärfer haben die Republikaner des rechten Parteiflügels reagiert, für die ein hohes Bundesdefizit ein rotes Tuch ist und die auch Ford selbst vorwerfen, daß er nicht durch einen Abbau der

Prof. Dr. Carl Landauer ist emeritierter Ordinarius für Wirtschaftswissenschaften. Er lehrte an den Universitäten Hamburg, Berlin und seit 1932 vor allem an der Berkeley University, Calif.

sozialstaatlichen Einrichtungen schon jetzt einen Ausgleich des Budgets herbeiführt und nicht erst nach einer möglichen Wiederwahl 1976.

Die gegenwärtigen Schätzungen des Defizits des laufenden Fiskaljahres schwanken zwischen 50 und 80 Mrd. \$. Auch wer nicht die vereinfachende These unterschreibt, daß jedes Defizit inflationär wirkt, dürfte einen Fehlbetrag dieses Ausmaßes bedenklich finden. Der Staat muß somit die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben durch Kreditaufnahme decken; aber die Schatzwechsel und andere Schuldverschreibungen, die das

Schatzamt ausgibt, konkurrieren auf dem Kapitalmarkt mit dem Kreditbedürfnis der Industrie. Zwar hat sich der private Kapitalbedarf durch das Abflauen der Wirtschaftstätigkeit vermindert, da aber die geschmälernten Profite die Möglichkeiten zur Selbstfinanzierung eingeschränkt haben, versuchen viele Unternehmen, sich durch Ausgabe von Obligationen Kapital zu beschaffen. Durch die Konkurrenz ihrer Schuldverschreibungen mit denen des Schatzamtes besteht die Tendenz zu Zinserhöhungen, die wiederum ein Hindernis für eine Belebung der Wirtschaft darstellen. Diese Zinserhöhung könnte freilich abgewendet werden, wenn der Federal Reserve Board eine Geldvermehrung in einem Umfange zuließe, durch die letztlich das Defizit finanziert würde. Es ist jedoch fraglich, ob der Board seine Inflationsfurcht dahingehend überwinden kann, die Ventile weit genug zu öffnen.



Linde Aktiengesellschaft · Wiesbaden

— Wertpapier-Kenn-Nr. 648 300 —

Auszahlung der Dividende für das Geschäftsjahr 1974

Die Hauptversammlung vom 16. Mai 1975 beschloß, für das Geschäftsjahr 1974 eine Dividende von 8 DM je Aktie im Nennbetrag von 50 DM auf das dividendenberechtigte Kapital von 122 500 000 DM auszuschütten.

Die Auszahlung erfolgt nach Abzug von 25% Kapitalertragsteuer und wird ab 20. Mai 1975 gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 10 unserer Aktien vorgenommen. Der Abzug der Kapitalertragsteuer entfällt unter gewissen Voraussetzungen, worüber die Zahlstellen Auskunft geben können.

Zahlstellen sind folgende Banken:

Berlin: Berliner Disconto Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Berliner Bank AG
Berliner Commerzbank AG

Düsseldorf: Deutsche Bank AG
Dresdner Bank AG
Merck, Finck & Co.
Commerzbank AG

Frankfurt am Main: Deutsche Bank AG
Dresdner Bank AG
Bankhaus Gebr. Bethmann
Merck, Finck & Co.
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank
Commerzbank AG
Hardy & Co. GmbH

Hamburg, Mainz, Mannheim und Wiesbaden: Deutsche Bank AG
Dresdner Bank AG
Commerzbank AG

München: Deutsche Bank AG
Dresdner Bank AG
Merck, Finck & Co.
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank
Commerzbank AG

Saarbrücken: Saarländische Kreditbank AG
Dresdner Bank AG
Commerzbank AG

Hauptzahlstelle ist die Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main.
Wiesbaden, den 16. Mai 1975

Der Vorstand

Regierung kontra Kongreß

Gerade an diesem Punkt kann sich leicht ein heftiger politischer Streit entzünden. Schon jetzt ist in dem von liberalen Demokraten beherrschten Kongreß — aber auch in manchen Wirtschaftskreisen — dem Federal Reserve Board vorgeworfen worden, daß er eine Geldpolitik betreibt, die den erhofften Wirtschaftsaufschwung im Keim abwürgen muß. Am Rande zeichnet sich sogar die Möglichkeit ab, daß der Kongreß die Autonomie des Federal Reserve Board abschafft, falls er weiterhin an einer restriktiven Politik festhält. Der Präsident und die Mehrheit der republikanischen Partei würden sich einer solchen Änderung sicherlich aufs äußerste widersetzen, aber die Mehrheitsverhältnisse im Kongreß von heute könnten leicht dazu führen, daß das Veto des Präsidenten durch eine Zweidrittel-Mehrheit aufgehoben würde.

Die Kritiker halten die Sorge des Federal Reserve Board und der Administration, eine zu starke Stimulierung der Wirtschaft — vor allem eine vollständige Finanzierung des Defizits durch Geldschöpfung — könne wieder zur Beschleunigung der Inflation führen, für ein Überbleibsel eines alten Vorurteils. Ohne Zweifel ist das Absinken der Inflationsrate von 14% auf 8% in der Hauptsache eine Folge des Rückgangs der Wirtschaftstätigkeit. Umgekehrt könnte man zwar schließen, daß jede Belebung der Wirtschaftstätigkeit zu neuen Preiserhöhungen führen wird. Aber Zweifel an der Unvermeidlichkeit einer solchen Entwicklung ergeben sich aus der hohen Angebotselastizität für Güter unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Nicht nur ist die arbeitslose Reservearmee relativ groß, auch die Auslastung der Industriekapazität liegt nur bei etwa 65%, und bei der Bedeutung des fixen Kapitals in der amerikanischen Wirtschaft kann sich daraus ein Anreiz ergeben, jede

Nachfragebelebung in erster Linie zu einer Erhöhung des Absatzes und nur in geringerem Maß zu Preissteigerungen zu nützen.

Aber trotz aller Verfeinerung der quantitativen Methoden der Wirtschaftswissenschaften existiert keine Formel, mit der sich berechnen ließe, welche Bremswirkung die Elastizität des Güterangebots auf die Inflationsrate ausüben wird. Wahrscheinlich ist der Glaube, daß eine Erhöhung des Bundesdefizits durch Geldschöpfung unter den gegebenen Umständen zu einer starken Inflation führen müsse, wirklich nur ein überholter Teil der „conventional wisdom“. Es ist aber nicht ganz unverständlich, daß Arthur Burns, der Vorsitzende des Federal Reserve Board, in einer bloßen Wahrscheinlichkeit keine ausreichende Grundlage für eine kühnere Politik sieht.

Seine Freiheit zum Handeln wird auch durch die notwendige Rücksichtnahme auf die Zahlungsbilanz eingeschränkt. Er kann keine Politik betreiben, die zu zu niedrigen Zinsen führt, weil das einen Abzug kurzfristigen Kapitals zur Folge hätte. Gewiß, je niedriger der Dollarkurs ist, um so besser für die amerikanische Ausfuhr und damit für die Arbeitsmarktlage; aber ganz abgesehen von den politischen Nachteilen einer drastischen Unterbewertung des Dollars müßte sich aus ihr eine Verteuerung der Einfuhrgüter und damit ein erneuter Anstoß zur Inflation ergeben.

Unberechenbare Wirkungszusammenhänge

Im übrigen sind alle Überlegungen hinsichtlich des Defizits noch mit einem anderen Fragezeichen versehen, das sich gleichfalls beim gegenwärtigen Stand der Wirtschaftswissenschaften nicht wegstreichen läßt. Das Bundesdefizit ist vor allem eine Folge des Rückgangs der Steuereinnahmen aufgrund des wirtschaftlichen Abschwungs. Auch die Erhöhung der Sozialausgaben, die durch die Zunahme der Arbeitslosigkeit notwendig wurde, hat dazu beigetragen. Gelingt es, die Wirtschaft zu stimulieren, so werden zwar auch die Einnahmen steigen und sich manche Ausgaben verringern, doch ist unklar, wann und wie weit diese Wirkung eintritt; immerhin stärkt diese Überlegung die Zweifel, ob eine restriktive Politik geeignet ist, der Inflation entgegenzuwirken, selbst wenn man annimmt, daß das Bundesdefizit direkt oder indirekt zur Inflation beiträgt.

Solcher Zweifel wird noch durch ein anderes Argument genährt: Obwohl die Orthodoxen wenig davon sprechen, ist auch nach der orthodoxen Theorie ein ebenso wirksames Mittel der Inflationsbekämpfung wie die Stabilisierung oder Verringerung des Geldumlaufs. Eine restriktive Geldpolitik

aber tendiert dazu, die Produktion und damit das Warenangebot zu verringern; eine liberalere Geldpolitik würde es vermehren und insoweit der Inflation entgegenwirken. Nur ist es auch hier unmöglich, die Wirkungen quantitativ vorauszusagen.

So offenkundig es ist, daß die konservativen Vorurteile des Präsidenten und seiner Berater einer objektiven Abwägung des Für und Wider der einzelnen Optionen entgegenstehen und auch der wirtschaftliche Sachverstand mancher führender Persönlichkeiten der Administration nicht über jeden Zweifel erhaben ist, so muß man doch gerechterweise anerkennen, daß es sich in der gegenwärtigen amerikanischen Wirtschaftspolitik um eine Gleichung mit vielen Unbekannten handelt, zumal sich die Regierung auch nicht auf den Rat der Wirtschaftswissenschaft verlassen kann, die mehr denn je widerstreitende Meinungen produziert. Vor allem versagt die Wirtschaftswissenschaft gegenüber der Frage, die im Augenblick die brennendste ist: Wird die Steuersenkung der Wirtschaftstätigkeit einen genügend starken Impuls geben, um die Vereinigten Staaten aus der Rezession (oder richtiger: Depression) herauszuführen, falls der Federal Reserve Board die Konjunkturpolitik durch eine expansive Geldpolitik unterstützt?

Zweifel an der Wirksamkeit des Programms

Die 23 Mrd. \$ Steuernachlaß sind nämlich sehr wenig im Vergleich zum amerikanischen Brutto-sozialprodukt von über 1400 Mrd. \$. Selbst wenn das gesamte Defizit von 50–80 Mrd. \$ durch Geldschöpfung finanziert werden sollte – obwohl dies nicht sehr wahrscheinlich ist –, würde der Kaufkraftzuwachs noch immer keinen großen Teil der laufenden Produktion ausmachen. Bedenkt man weiter, daß sich im Rahmen des konjunkturpolitisch nicht einmal so erfolgreichen New Deal von 1933 bis 1938 die „currency in circulation“ von ca. 10 Mrd. auf ca. 28 Mrd. \$ fast verdreifachte und dieser Zuwachs um 18 Mrd. \$ fast ein Drittel des Sozialprodukts zu Beginn der Periode ausmachte, während der jetzt in Frage kommende Zuwachs von maximal 80 Mrd. \$ sich nur auf annähernd ein Drittel des Geldumlaufs und auf knapp 6 % des Brutto-sozialprodukts belaufen würde, so kann man an der Wirksamkeit des Programms Zweifel haben. (Natürlich ist dies ein sehr grober Vergleich; man müßte vor allem auch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und ihre mögliche Änderung in Betracht ziehen.)

Immerhin sprechen einige Anzeichen dafür, daß die Impulse aus der Steuersenkung und der Geldvermehrung mit spontanen Entwicklungen in der Wirtschaft zusammentreffen könnten, die im Sinne einer konjunkturellen Aufwärtsbewegung wirken.

Zu letzteren gehört vor allem der Rückgang der Warenlager, der mit einiger Wahrscheinlichkeit bald zu einer Erhöhung der Aufträge führen dürfte. Auch die Einzelhandelsumsätze sind in der letzten Zeit relativ stabil geblieben. Es ist jedoch immer noch zweifelhaft, ob diese günstigen Tendenzen gegenüber den depressiven die Oberhand behalten können, so daß die Steuersenkungen voll wirksam werden können.

Man hätte sich auch andere Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft denken können. So ist es ein Kennzeichen der gegenwärtigen Lage, daß zwar längerfristig eine Schrumpfung mancher Industriezweige, vor allem der Automobilindustrie, unvermeidlich ist, daß aber andere Industrien, die entweder der Erschließung neuer Energiequellen (Kohlenbergbau, Öl in den Küstengebieten, Ölschiefer, Kernkraftwerke, Sonnenenergie und geothermische Energie) oder der Energieersparnis dienen, expandieren. Statt die Steuern zu senken, hätte man deshalb diese Industrien durch Kapitalhilfe subventionieren können. Wahrscheinlich wären als flankierende Maßnahmen Preisgarantien nötig gewesen, was ja auch letztlich Kissingers Idee eines Mindestpreises für Rohöl zugrunde liegt. Eine solche konzentrierte Aktion wäre möglicherweise konjunkturpolitisch wirksamer gewesen als die nach dem Gießkannenprinzip wirkende Steuerreduzierung. Jedenfalls hätte diese Art von Aktion die Konjunkturpolitik mit einem Energieprogramm verbunden. Aber der Administration ging wohl eine solch bewußte Förderung einzelner Industrien wider den Strich, weil sie zu sehr nach Planwirtschaft schmeckt, und der Kongreß zog die Steuerermäßigung vor, weil sie populärer ist. Somit wird ein besonderes Energieprogramm notwendig.

Fehlendes Energieprogramm

Bisher ist nicht viel auf dem Energiesektor geschehen, und für energische Maßnahmen zur Energieeinsparung und Erschließung neuer Energiequellen sind die Aussichten vorerst nicht rosig. Der vom Präsidenten erwogene Importzoll für Rohöl ist bisher über die erste Stufe nicht hinausgekommen – die weiteren stufenweisen Erhöhungen, die ursprünglich angekündigt wurden, sind auf unbestimmte Zeit vertagt worden – vermutlich wegen des Widerstands im Kongreß. Einige Forschungsprogramme, z. B. für eine bessere Ausnutzung der Nuklearenergie durch die „schnellen Brüter“, werden gefördert; durch Privatinitiative sind Fortschritte in der Beheizung von Wohnhäusern durch Sonnenenergie erzielt worden. Aber gemessen an den großen Worten, mit denen das Ziel einer Unabhängigkeit in der Energieversorgung angekündigt wurde, sind diese Initiativen kümmerlich.

Der wichtigste Grund für dieses zaghafte Vorgehen ist die Sorge, daß jede Beschränkung des Energieverbrauchs – durch welche Mittel auch immer – die erhoffte Wirtschaftsbelebung dämpfen würde. Diese Sorge hat besonderes politisches Gewicht im Hinblick auf den Wahlkampf, der schon jetzt begonnen hat, obwohl die Präsidentschafts- und Kongreßwahlen erst im November 1976 stattfinden. Und für ein konsequentes Programm zur Erschließung neuer Energiequellen, das durchaus populär sein könnte, bringt der Kongreß offenbar entweder nicht die nötige Einbildungskraft oder den nötigen Willen zum Risiko auf – Fehlschläge sind natürlich auf diesem Gebiet unvermeidlich.

Allerdings läßt sich auch objektiv die Ansicht vertreten, daß es besser wäre, mit drastischen Maßnahmen zur Energieeinsparung zu warten, bis sich die Wirtschaft einigermaßen erholt hat. Die Energiefrage ist zudem nicht mehr so dringend, wie sie 1973/74 erschien. Mehr Erdöllagerstätten sind entdeckt worden, die hohen Preise haben auch ohne Sondersteuern den Benzinverbrauch etwas eingeschränkt, die Geldakkumulation in den ölproduzierenden Ländern hat sich verlangsamt, weil ihre Käufe von westlichen Kapitalgütern die Erwartungen übertroffen haben; selbst ein arabischer Ölboykott sieht angesichts der Vorräte in Europa und Amerika nicht mehr so bedrohlich aus. Auf etwas längere Sicht bleibt aber das Energieproblem sehr ernst, schon wegen der in absehbarer Zeit zu erwartenden Erschöpfung vieler Ölförderstätten.

Man muß aber befürchten, daß das Zögern des Kongresses in dieser Frage nicht nur in berechtigten konjunkturpolitischen Erwägungen, sondern ebenso sehr in allgemeinem politischem Opportunismus begründet ist und auch bei gebesselter Wirtschaftslage fortauern wird, wenn den Abgeordneten nicht durch einen Präsidenten mit stärkeren Führungsqualitäten der Rücken gestärkt wird. Gewiß kann man dem gegenwärtigen Kongreß nicht vorwerfen, daß er Macht ohne Verantwortung wolle. So hat er z. B. Maßnahmen getroffen, um sich selbst zu fiskalischer Disziplin zu zwingen, obwohl er darüber, was diese Disziplin gebietet, ganz anderer Ansicht ist als der Präsident. Aber es liegt im Wesen des amerikanischen Regierungssystems, daß unpopuläre Maßnahmen – und ohne solche ist eine Energieeinsparung in großem Umfang unmöglich – nur selten auf eigene Initiative der Parlamentarier beschlossen werden können, sondern diese vielmehr von der Administration dazu gedrängt werden müssen. Dafür bedarf es aber eines Präsidenten, der nicht nur die Erfordernisse der Lage klar erkennt, sondern zu dessen Urteil der Kongreß und die öffentliche Meinung auch genug Vertrauen haben, um ihm auf schwierigen Wegen zu folgen.